

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	25
A. Hintergrund und Überblick	25
B. Begriffe	26
C. Gliederung	27
D. Ziel	29
1. Teil: Die Ausgangslage – das wirtschaftliche Zusammenwachsen der Märkte und die Notwendigkeit einer Systemanpassung	31
A. Die Erforderlichkeit einer Aufsicht über grenzüberschreitend wirkende Wettbewerbsbeschränkungen	33
I. Der Nutzen eines Systems der Wettbewerbsaufsicht	33
II. Formen grenzüberschreitend wirkender Wettbewerbsbeschränkungen	34
III. Internationalisierung wirtschaftlicher Sachverhalte	38
IV. Nachteilige Auswirkungen grenzüberschreitend wirkender Wettbewerbsbeschränkungen auf den zwischenstaatlichen Handel	41
B. Die Erforderlichkeit der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der Aufsicht über grenzüberschreitend wirkende Wettbewerbsbeschränkungen	44
I. Die Extraterritoriale Anwendung nationalen Wettbewerbsrechts auf grenzüberschreitende Sachverhalte	45
1. Das Territorialitätsprinzip	46
2. Das Personalitätsprinzip	47
3. Anknüpfung im Wettbewerbsrecht nach dem Auswirkungsprinzip	48
a) USA	49
aa) „American Banana“	50
bb) „ALCOA“	50
cc) „Hartford Fire“	51
dd) „Dee-K-Enterprises v. Heveafil“	52
ee) „Empagran“	54
ff) MSG	57
	9

gg) Die extraterritoriale Anwendung des Antitrust-Rechts zur Öffnung ausländischer Märkte	58
b) Europäische Gemeinschaft	60
aa) Kommissionspraxis	61
bb) Rechtsprechung	63
c) Deutschland	69
4. Zwischenergebnis	70
II. Grenzen der unilateralen Anwendung des Wettbewerbsrechts auf Grundlage des Auswirkungsprinzips	71
1. Das Konfliktpotential der unilateralen extraterritorialen Anwendung nationalen Wettbewerbsrechts	72
a) Mögliche Konfliktsituationen	72
b) Staatliche Abwehrreaktionen gegen extraterritoriale Maßnahmen der Wettbewerbsaufsicht	74
c) Politische Gründe für zwischenstaatliche Konflikte bei der extraterritorialen Anwendung des Wettbewerbsrechts	76
d) Einseitige Konfliktlösungsansätze	80
aa) Entwicklung des <i>balancing of interests test</i> in der amerikanischen Rechtsprechung	81
bb) Europäische Gemeinschaft	88
cc) Beschränkung der Anknüpfung nach dem Auswirkungsprinzip im deutschen Wettbewerbsrecht	89
dd) Bewertung der einseitigen Konfliktlösungsansätze	94
e) Zwischenergebnis: Das Konfliktpotential der unilateralen extraterritorialen Rechtsanwendung	95
2. Effektivitätsgrenzen eines unilateralen extraterritorialen Vorgehens gegen grenzüberschreitend wirkende Wettbewerbsbeschränkungen	96
a) Vollzugsdefizite aufgrund der Inlandsmarktbezogenheit nationaler Wettbewerbsgesetze	97
b) Verfahrensrechtliche Effektivitätsgrenzen einer extraterritorialen Rechtsanwendung	98
aa) Auslandsermittlungen	99
bb) Erlass von Verfügungen und Zustellungen	102
cc) Vollzug und Vollstreckung von Entscheidungen	103
c) Zwischenergebnis	104
III. Unkoordinierte staatliche Wettbewerbspolitik als Hemmschuh wirtschaftlicher Globalisierung	104
IV. Ergebnis: Die Erforderlichkeit der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der Aufsicht über grenzüberschreitend wirkende Wettbewerbsbeschränkungen	106

2. Teil: Bisherige Entwicklungslinien der internationalen behördlichen Zusammenarbeit im Bereich der Aufsicht über grenzüberschreitend wirkende Wettbewerbsbeschränkungen	109
A. Erste Entwicklungsphase: Bewusstseinsbildung und ambitionierte Misserfolge auf globaler Ebene	110
I. Die Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes 1927 – Harmonisierung des Wettbewerbsrechts und Institutionalisierung der Zusammenarbeit?	111
II. Die Havanna-Charta von 1948 – Wettbewerbssicherung und Welthandel	112
1. Bedeutung	113
2. Harmonisierung nationalen Wettbewerbsrechts, Schaffung gemeinsamer Standards	114
3. Ansätze für eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit	115
III. Die Europäische Konvention zur Kontrolle internationaler Kartelle von 1951 – Bemühungen um eine Vereinheitlichung des Wettbewerbsrechts in Europa	116
1. Bedeutung	116
2. Harmonisierung nationalen Wettbewerbsrechts, Schaffung gemeinsamer Standards	117
3. Ansätze für eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit	118
IV. Vorschlag des Ad hoc-Kartellkomitees des UN-Wirtschafts- und Sozialrates für eine internationale Konvention über einschränkende Geschäftspraktiken aus dem Jahre 1953 – internationale Koordinierung durch Institutionalisierung	119
1. Bedeutung	120
2. Harmonisierung nationalen Wettbewerbsrechts, Schaffung gemeinsamer Standards	121
3. Ansätze für eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit	121
V. Ergebnis: Die erste Entwicklungsphase der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der Aufsicht über grenzüberschreitend wirkende Wettbewerbsbeschränkungen	122
B. Zweite Entwicklungsphase: Wiedergewinnung des Vertrauens mit beschränktem Teilnehmerkreis	124
I. Multi- und plurilaterale Ansätze: Rechtlich unverbindliche Kooperationsanstöße	125
1. Entwicklungen im Rahmen der OECD	125
a) Die Empfehlungen des OECD-Rates für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet weitbewerbsbeschränkender Geschäftspraktiken mit Auswirkungen auf den internationalen Handel: Entwicklung von Kooperationsmechanismen	126
aa) Genese der Empfehlungen	127

bb)	Rechtsnatur der Empfehlungen	133
cc)	Status quo der Kooperation im Rahmen der Empfehlungen	133
dd)	Bewertung der Empfehlungen und Schlussfolgerungen	138
b)	Materielle Vorgaben der OECD im Rahmen der Wettbewerbsaufsicht	141
aa)	Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen	141
bb)	Empfehlung des OECD-Rates betreffend Maßnahmen gegen wettbewerbsbeschränkende Praktiken mit Auswirkungen auf den internationalen Handel einschließlich solcher betreffend multinationaler Unternehmen	145
cc)	Empfehlung des OECD-Rates über Wettbewerbspolitik und Ausnahmebereiche oder regulierte Sektoren	146
dd)	Empfehlung des OECD-Rates für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf Gebieten potentieller Konflikte zwischen Wettbewerbs- und Handelspolitik	146
ee)	Bewertung der Einflussnahme auf das materielle Wettbewerbsrecht der Mitgliedstaaten durch die OECD-Empfehlungen	148
2.	Der UNCTAD-Kodex zur Kontrolle wettbewerbsbeschränkender Geschäftspraktiken von 1980	149
a)	Aufbau und Inhalt des Kodex	150
b)	Rechtsnatur und Bedeutung des Kodex	154
aa)	Unterschiedliche Erwartungen der beteiligten Staatengruppen	154
bb)	Autorität und politischer Charakter des Kodex	156
cc)	Praktische Relevanz des Kodex	158
dd)	Bewertung	160
3.	Zwischenergebnis: Bedeutung der multi- und plurilateralen Ansätze	161
II.	Bilaterale Kooperation: Umsetzung des auf multi- und plurilateraler Ebene erzielten politischen Konsenses und weitergehende Konvergenzförderung	162
1.	Ältere Abkommen: Bilaterale Normierungen der Kooperationsbestrebungen der ersten Generation	165
a)	Die Fulton-Rogers Übereinkunft von 1959 und die Basford-Mitchell Übereinkunft von 1969 zwischen den USA und Kanada: Erste förmliche Kooperationsvereinbarungen auf dem Gebiet der Wettbewerbsaufsicht	166
b)	Das Kooperationsabkommen zwischen den USA und Deutschland von 1976: Effektivität der Wettbewerbsaufsicht, Auswirkungsprinzip und Kanalisierung der Ermittlungstätigkeit	168

c)	Das Kooperationsabkommen zwischen den USA und Australien von 1982: Comity und private Wettbewerbsverfahren	172
d)	Das Übereinkommen zwischen den USA und Kanada von 1984: Akzeptanz extraterritorialer Rechtsanwendung	177
aa)	Konfliktvermeidung: Notifizierung, Konsultation und Interessenberücksichtigung	178
bb)	Einbeziehung privater Antitrust-Verfahren	181
cc)	Grenzüberschreitende Ermittlungen	181
dd)	Zusammenarbeit bei der Anwendung der Antitrust-Gesetze	182
ee)	Bewertung	183
e)	Das Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich von 1984: Keine Kompetenzabgrenzung aber Kanalisierung von Untersuchungshandlungen und Rechtshilfe	184
f)	Zusammenfassung: Status der Zusammenarbeit auf dieser Entwicklungsstufe	188
2.	Status quo der Zusammenarbeit nach den bilateralen Abkommen der neueren Generation	191
a)	Das Kooperationsabkommen zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften von 1991/1995: Grundlage einer neuen Generation von Abkommen über die bilaterale Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden	192
aa)	Entstehungsgeschichte	193
bb)	Ziel des Abkommens	195
cc)	Inhalt des Abkommens	196
b)	Bedeutung der Kooperationsabkommen zwischen den USA und den EG in der Praxis	228
-	Die geplante Fusion WorldCom/Sprint – Musterbeispiel für die Kooperation im Rahmen des Abkommens	234
-	Der Fall Boeing/McDonnell Douglas – Missglückte Bewährungsprobe für das Abkommen?	239
-	Der Fall General Electric/Honeywell – Super Mario vs. Neutron Jack – Wettbewerb: „The winner takes it all“ oder „Dabei sein ist alles“?	255
c)	Auf dem amerikanisch-europäischen Abkommen von 1991/1995 basierende weitere bilaterale Kooperationsabkommen der Parteien	293
aa)	Abkommen der USA	293
bb)	Abkommen der EG	295
cc)	Inhaltsunterschiede der neueren Abkommen der USA und der Europäischen Gemeinschaften im Vergleich zum Abkommen USA-EG.	298
d)	Weitere bilaterale Kooperationsabkommen Kanadas	308

aa)	Inter-Agency-Agreements: Kooperationsabkommen der „ersten Generation“	309
bb)	Das Kooperationsabkommen zwischen den Regierungen von Kanada und Mexiko: Status quo der bilateralen Kooperation	310
cc)	Das Kooperationsabkommen zwischen den Regierungen von Kanada und Japan	311
3.	Zusammenfassung und Bewertung des Status quo der bilateralen Kooperation: Konvergenzförderung	312
III.	Ergebnis: Die zweite Entwicklungsphase der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der Aufsicht über grenzüberschreitend wirkende Wettbewerbsbeschränkungen	320
C.	Dritte Entwicklungsphase: Gestufte Entwicklung – Grundlagen der Koordinierung, capacity building und competition advocacy	323
I.	Vertiefung der bilateralen Kooperation: Institutionalisierung und Verrechtlichung der Kooperationsverfahren sowie Konvergenzförderung	325
1.	Positive Comity-Abkommen	325
a)	Das Abkommen zwischen den USA und den EG über die Anwendung der positive comity-Grundsätze bei der Durchsetzung ihrer Wettbewerbsvorschriften	325
aa)	Anwendungsbereich	326
bb)	Kanalisierung der Aufsichtstätigkeit	327
cc)	Bedeutung des Abkommens	328
b)	Das Abkommen zwischen den USA und Kanada über die Anwendung der Positive Comity-Grundsätze bei der Durchsetzung ihrer Wettbewerbsvorschriften	331
2.	Abkommen über die Amts- und Rechtshilfe bei der Sachverhaltaufklärung und Beweissicherung	331
a)	Mutual Legal Assistance Treaties	331
b)	International Antitrust Enforcement Assistance Act	333
c)	Mutual Antitrust Enforcement Assistance Agreement	334
d)	Bewertung	337
3.	Konvergenzförderung durch de facto-Kooperation am Beispiel USA-EG	337
a)	Fusionskontrolle	338
b)	Kartellverfahren	340
c)	Administrative Arrangements of Attendance	341
d)	Fortlaufende Förderung der Konvergenz	342
e)	Zusammenfassung	345
4.	Zwischenergebnis: Bedeutung der bilateralen Ansätze	346
II.	Regionale Kooperation: Wechselspiel zwischen Konvergenz und Kooperation	347
1.	Europa	347

a)	Die EG und das European Competition Network – ECN: Supranationalität und dezentrale Anwendung	347
aa)	Netzwerkstruktur: Dezentrale Anwendung des EG-Wettbewerbsrechts	348
bb)	Horizontale Kooperation der Wettbewerbsbehörden im Rahmen des ECN	351
cc)	Bewertung	354
b)	European Competition Authorities – ECA	356
c)	Zusammenarbeit im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	358
d)	Nordeuropäische Kooperation	361
2.	Australien/Neuseeland: ANZCERTA	361
a)	Aufbau einer Freihandelszone und flankierende Harmonisierung des nationalen Wettbewerbsrechts	362
b)	Schutz des trans-tasmanischen Handels	363
c)	Grenzüberschreitende Zuständigkeit der Wettbewerbsaufsicht	364
d)	Bewertung	365
3.	Amerika	366
a)	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA)	367
b)	Amerikanische Freihandelszone (FTAA)	368
c)	Südamerikanischer Gemeinsamer Markt (MERCOSUR)	369
aa)	Das Protokoll zur Verteidigung des Wettbewerbs	370
bb)	Gemeinsame materielle Vorschriften	370
cc)	Gemeinsame institutionelle Struktur	371
dd)	Gemeinsames Verfahren	371
ee)	Bewertung	372
d)	Andenpakt	373
e)	CARICOM	375
f)	Weitere Freihandelsabkommen auf dem amerikanischen Kontinent	376
4.	Regionale Kooperationsansätze im asiatischen Raum: ASEAN und APEC	376
5.	Afrika: COMESA	378
6.	Zwischenergebnis: Bedeutung der regionalen Ansätze	380
III.	Multilaterale Ansätze: Competition Advocacy, Capacity Building, Soft Convergence	382
1.	OECD	383
a)	Die Empfehlung über Hard Core-Kartelle	383
b)	Die Empfehlung zur Zusammenschlusskontrolle: Best Practices für das Verfahren der Zusammenschlusskontrolle	387
c)	Materiellrechtliche Impulse aus der sonstigen Tätigkeit der OECD	389
d)	Das Global Forum on Competition	389
e)	Bewertung	391

2.	UNCTAD	392
3.	WTO	393
	a) Stillstand nach dem Scheitern der ITO	394
	b) Neuer Ansatz nach Gründung der WTO	395
	c) Die Initiative der Europäischen Gemeinschaft	395
	d) Die Ministerkonferenz von Singapur: Einsetzung der WTO-Expertengruppe	396
	e) Die Erweiterung des Mandats im Jahre 1998	399
	f) Die gescheiterte Ministerkonferenz von Seattle 1999	399
	g) Die Ministerkonferenz von Doha 2001: Start einer neuen Welthandelsrunde	400
	aa) Die Doha-Erklärung: Wettbewerbspolitik im Rahmen einer neuen Welthandelsrunde	401
	bb) Bedeutung der Doha-Erklärung für eine Wettbewerbsordnung im Rahmen der WTO	402
	h) Die Ministerkonferenz von Cancún 2003: Mangelnder Konsens	404
	i) Ausblick auf die weitere Entwicklung	405
	j) Gründe für ein WTO-Wettbewerbsabkommen	406
	aa) Übereinstimmende Ziele der Handels- und der Wettbewerbspolitik	406
	bb) Zahlreiche wettbewerbsrechtliche Ansatzpunkte im bestehenden WTO-Recht	407
	cc) Eingeschränkte Eignung des bisherigen WTO-Rechts zur Kontrolle des Wettbewerbsverhaltens Privater: der Fall <i>Kodak/Fuji</i>	408
	dd) Bedeutung der WTO-Prinzipien für die Wettbewerbspolitik	410
	k) Gründe für das Scheitern eines WTO-Wettbewerbsabkommens	411
	aa) Die WTO als handelsorientiertes Verhandlungsforum	412
	bb) Der Widerstand der USA	413
	cc) Argumente gegen ein WTO-Wettbewerbsabkommen	415
	l) Bewertung des Scheiterns des Ansatzes im Rahmen der WTO	416
4.	Das International Competition Network – ICN	418
	a) Der ICPAC-Vorschlag zur Schaffung einer Global Competition Initiative als Grundlage des ICN	418
	b) Die Bedeutung dieses Vorschlags für die Schaffung des ICN	420
	c) Die Gründung des ICN	420
	d) Aufgaben	422
	e) Organisation und Arbeitsweise	423
	f) Arbeitsergebnisse	424

g) Bedeutung ICN für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich des Wettbewerbsrechts	427
aa) Soft Convergence, Capacity Building und Competition Advocacy	427
bb) Goodwill	428
cc) Projektarbeit und konkrete Arbeitsergebnisse	428
dd) Fokussierung und Unmittelbarkeit des Diskurses	429
ee) Offenheit	429
ff) Dialog auf allen Entwicklungsstufen	429
h) Abschließende Bewertung	430
5. Zwischenergebnis: Bedeutung der multilateralen Ansätze	432
IV. Ergebnis: Die dritte Phase der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der Aufsicht über grenzüberschreitend wirkende Wettbewerbsbeschränkungen	434
 3. Teil: Ausblick: Der Weg zu einem Gemeinsamen Wettbewerbsgebiet	437
A. Einleitung	437
B. Schlussfolgerungen aus den bisherigen Entwicklungen	438
C. Bisher Erreichtes als Grundlage weiterer Entwicklungen	441
D. Bilateraler/regionaler/multilateraler Ansatz: Die transatlantische Kooperation als Keimzelle eines Gemeinsamen Wettbewerbsgebiets	443
E. Das Konzept eines Gemeinsamen Wettbewerbsgebiets	446
I. Überblick	447
II. Wesentliche Komponenten des Konzepts eines Gemeinsamen Wettbewerbsgebiets	451
1. Erweiterung des territorialen Regelungsgegenstands der nationalen Wettbewerbsgesetze und Common Welfare Standard als Schutzziel	451
a) Erweiterung des territorialen Regelungsgegenstands nationaler Wettbewerbsgesetze: Unverfälschter Wettbewerb im Gemeinsamen Wettbewerbsgebiet	451
b) Erweiterung des Schutzzieles nationalen Wettbewerbsrechts: <i>Common Welfare Standard</i>	453
c) Einzelne Ausprägungen dieser Grundsätze	456
2. Gegenseitigkeit der Zugeständnisse	457
3. Die Grundsätze der Nichtdiskriminierung, Verfahrensgerechtigkeit und Transparenz	458
a) Nichtdiskriminierung	459
b) Verfahrensgerechtigkeit	460
c) Transparenz	461
III. Voraussetzungen für die Aufnahme in das Gemeinsame Wettbewerbsgebiet: Konvergenz der Wettbewerbssysteme	462

IV. Verfahrensrechtliche Ausgestaltung	466
1. Anwendungsbereich des Systems: Notifizierung in Fällen von grenzüberschreitender Bedeutung	468
2. Weite Kompetenz zum Aufgreifen eines Verfahrens auf Grundlage etablierter völkerrechtlicher Standards	469
3. Trennung zwischen Entscheidungs- und Untersuchungszuständigkeit und Zweistufigkeit des Verfahrens	472
4. Entscheidungszuständigkeit: Konzentration mittels Kompetenzausübungsregel	473
a) Grundsatz: Absehen von paralleler Ausübung der Entscheidungskompetenz	474
b) Elemente einer Kompetenzausübungsregel	475
c) Vorgehensweise	477
d) Besonderheiten der Zusammenschlusskontrolle	478
e) Erforderliche Anpassungen im nationalen Recht	479
5. Untersuchungszuständigkeit: Parallelität, Kanalisierung und Koordinierung der Untersuchungstätigkeit	479
a) Parallelität der Untersuchungszuständigkeit	480
b) Kanalisierung der Untersuchungstätigkeit über den Belegenheitsstaat	480
c) Koordinierung der Untersuchungsverfahren durch den Entscheidungsstaat	482
6. Informationsaustausch und Rechtfertigung einer Entscheidung	483
7. Anerkennung der Entscheidung und Kooperation bei der Umsetzung von Abhilfemaßnahmen	487
8. Opting Out	490
a) Transparentes Verfahren: Comply or Explain	490
b) Legitime Gründe eines Opting Out	491
c) Besonderheiten der Zusammenschlusskontrolle	494
d) Erweiterbarkeit dieses Ansatzes	495
F. Rechtlicher Rahmen eines Gemeinsamen Wettbewerbsgebiets	495
I. Abschluss einer Grundlagenvereinbarung und Anpassung des nationalen Rechts	495
II. Wesentliche Grundprinzipien	496
III. Erforderliche Kooperationsinstrumente	497
IV. Festlegung der Teilnahmevoraussetzungen	497
Zusammenfassende Thesen	503
1. Teil: Die Ausgangslage – das wirtschaftliche Zusammenwachsen der Märkte und die Notwendigkeit einer Systemanpassung	503

2. Teil: Bisherige Entwicklungslinien der internationalen behördlichen Zusammenarbeit im Bereich der Aufsicht über grenzüberschreitend wirkende Wettbewerbsbeschränkungen	504
A. Erste Entwicklungsphase – Bewusstseinsbildung und Ambitionierte Misserfolge	504
B. Zweite Entwicklungsphase: Wiedergewinnung des Vertrauens mit beschränktem Teilnehmerkreis	504
C. Dritte Entwicklungsphase: Gestufte Entwicklung – Grundlagen der Koordinierung, <i>capacity building</i> und <i>competition advocacy</i>	506
I. Vertiefung der bilateralen Kooperation: Institutionalisierung und Verrechtlichung der Kooperationsverfahren sowie Konvergenzförderung	507
II. Regionale Kooperation: Wechselspiel zwischen Konvergenz und Kooperation	507
III. Multilaterale Ansätze: Competition Advocacy, Capacity Building, Soft Convergence	509
3. Teil: Ausblick: Der Weg zu einem Gemeinsamen Wettbewerbsgebiet	510
A. Schlussfolgerungen aus den bisherigen Entwicklungen und das bisher Erreichte als Grundlage weiterer Entwicklungen	510
B. Das Konzept eines Gemeinsamen Wettbewerbsgebiets	512
I. Grundprinzipien und Voraussetzungen	512
II. Verfahrensrechtliche Ausgestaltung	513
C. Rechtlicher Rahmen eines Gemeinsamen Wettbewerbsgebiets	515
Literaturverzeichnis	517